Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 346. Montag den 12. December 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die bisher im hiesigen Rathhause gewesene **Feuermeldestelle** ist nach dem **Hôtel „Stadt Rom", Bahnhofstraße 13,** verlegt worden.

Leipzig, den 8. December 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4768. Dr. Georgi. Kr.

Grundstücks-Versteigerung.

Das der Stadtgemeinde gehörige, hier an der **Alexanderstraße Nr. 22** gelegene **unbebaute Grundstück,** Parcelle Nr. 2306a. des Flurbuchs für die Stadt Leipzig von, abzüglich der durch die festgestellte neue Straßenfluchtlinie abgeschnittenen 30.1 Quadratmeter künftiges Straßenareal, noch **1090,75 Quadratmeter** Flächengehalt soll

Donnerstag, den 15. December d. J., Vormittags 11 Uhr,

auf dem **Rathhause, I. Etage,** Zimmer Nr. 16, **zum Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung selbst aber geschlossen werden, wenn nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Situationsplan liegen auf dem Rathhausfoale, I. Etage, zur Einsichtnahme aus, wo auch in der Sparteilcasse I, Zimmer Nr. 2, Exemplare davon für 1 ℳ abgegeben werden.

Leipzig, am 26. November 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 5570. Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung,

die Kirchenvorstandswahl zu St. Petri betreffend.

Nach unserer Bekanntmachung vom 29. October d. J. scheiden aus Ablauf der gesetzmäßigen Wahlperiode aus unserem Kirchenvorstande aus die Herren:

Oberjustizrath Carl Theodor **Hoffmann,** Oberstaatsanwalt, Stellvertretender Vorsitzender,
Buchdruckereibesitzer Johann Gustav **Bär,**
Reichsgerichtsrath Dr. Georg **Friedlieben,**
Amtsrichter Johannes Friedrich Wilhelm **Kranichfeld,**
Schuldirector Professor Dr. Wilhelm **Rödeke** und
Privatmann Carl Ludwig **Wagner.**

Die ausscheidenden Herren sind wieder wählbar.

Die Wahl von 6 Mitgliedern in den Kirchenvorstand für die St. Petrigemeinde findet statt:

Montag, den 12. December c. von 9 Uhr früh

bis Nachmittags 5 Uhr in dem nordöstlichen Beichthause der Peterskirche (Eingang gegenüber der höheren Schule für Mädchen).

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Gemeindeglieder der Peterskirchen-Parochie, welche zufolge unserer Bekanntmachung vom 29. October c. sich zu dieser Wahl angemeldet haben und in die Wählerliste eingetragen worden sind. Wählbar sind alle stimmberechtigten Mitglieder der Peterskirchengemeinde (nicht blos die in die Wählerliste Eingetragenen), welche das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Die Wähler haben ihr Augenmerk auf Männer von gutem Rufe, lauterem christlichem Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten. Die Abgabe des Stimmzettels für die Wahl von 6 Personen muß **persönlich** am 12. December in dem obengenannten Beichthause der Peterskirche erfolgen.

Wir bitten bei der Bedeutsamkeit dieses Actes herzlich und dringend, daß alle diejenigen Gemeindeglieder, welche sich in die Wählerliste haben eintragen lassen, von ihrem Wahlrechte am 12. December c. Gebrauch machen wollen.

Leipzig, den 3. December 1887.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
Lic. Dr. Hartung, Pfarrer.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig Stadt.

Sitzung am 12. December 1887, Abends 6 Uhr, im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Registrande. 2) Cassenbericht und Bestimmung des Jahresbeitrags. 3) Wahl des Vorstands, der Delegirten und Ausschüsse. **Die Wahl wird um 7 Uhr geschlossen.** 4) Bericht über den Aerztetag. 5) Bericht des Standescommissars a. bez. der Sanitätswachen, b. bez. der Consilien.

Dr. Neubert.

Bekanntmachung.

Zu vermiethen ist zu Ostern 1888, event. früher, die III. Etage in hiesiger Vormundschaftsstube.

Näheres im hiesigen Rathhause (Zimmer Nr. 9).

Reudnitz, 9. December 1887.

Der Gemeinderath.
Gröhel.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke rechtzeitigen Bücherabschlusses werden hiermit alle Gewerbetreibende, welche im laufenden Jahre für die hiesige Gemeinde Arbeiten oder Materialien irgend welcher Art geliefert haben, dringend ersucht, ihre bezüglichen **Rechnungen baldigst,** jedenfalls aber **bis zum Ablauf dieses Jahres** unter einzureichen.

Gohlis, am 8. December 1887.

Der Gemeindevorstand.
Singer. Vogt.

Bekanntmachung.

Das der Gemeinde Gohlis zugehörige, an der Windmühlenstraße in Büchner'scher Flur gelegene, 4865 Quadratmeter Fläche haltende Land soll

Freitag, den 16. December 1887, Vormittags 10 Uhr

an Ort und Stelle ganz- oder theilweise **verpachtet** werden.

Die Pachtbedingungen liegen im Gemeinde-Amte aus, werden auch im Termine bekannt gegeben werden.

Gohlis, den 9. December 1887.

Der Gemeinderath.
Singer.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

* Die europäische Lage erscheint seit einigen Tagen unverändert und die in Folge der russischen Truppenansammlungen längs der galizischen Grenze geschaffenen Situation hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" constatirt, zur Zeit in der That noch keine Aenderung, weder zum Günstigeren, noch zum Ungünstigeren erfahren. Aus dem mehrseitig gemeldeten Umstande, daß der in Wien beglaubigte russische Militairbevollmächtigte, Oberstlieutenant Sujew, telegraphisch nach Petersburg berufen worden ist, um dem Kaiser Alexander über die Situation Bericht zu erstatten, will ein Wiener Blatt schließen, daß man an der Newa nicht abgeneigt sei, sich in beruhigenden Kundgebungen zu äußern. Nach in Wien eingegangenen Warschauer Privatmeldungen, deren Bestätigung indeß abzuwarten bleibt, würden das 5., 7., 8. und 11. russische Armeecorps auf Kriegsfuß gestellt. Die Commandanten dieser vier Corps, Generaladjutant Fürst Schachowskoj, Generaladjutant Aller, Generaladjutant Dauderville und der Artilleriechef des 8. Corps, Generaladjutant Polabojarinow, wären am 6. d. M. vom Kaiser in Audienz empfangen und hierauf zum Kriegsrathe befohlen worden, welcher unter dem Vorsitze des Kaisers in Gatschina stattfand.

Ein Wiener Privattelegramm der „National-Zeitung" deutet an, daß die in Rede stehenden russischen Truppendislocationen unter der Voraussetzung eines den orientalischen Hoffnungen günstigen Verlaufes der jüngsten französischen Präsidentschaftskrise bemerkt worden wären, und meint, man müsse jetzt abwarten, ob, nachdem diese Hoffnungen sich als hinfällig erwiesen hätten, Rußland nun noch länger das Bedürfniß empfunden würde, an der österreichisch-ungarischen Grenze Truppenansammlungen zu betreiben, für welche jegliche Voraussetzung fehle. In dem Falle, daß hierin keine Aenderung eintrete, werde Oesterreich Alles vorkehren, was die Rücksicht auf die Sicherheit der Monarchie erheische. Das Weitere hänge davon ab, welchen Einfluß die ebenso maßvolle als, wie es scheint, entschlossene Haltung Oesterreichs in St. Petersburg mache.

Aus officiöser Quelle bemerken ferner die „Berliner Politischen Nachrichten":

Es ist aufgefallen, daß deutsche Blätter verschiedener Parteischattirungen in den letzten Tagen Nachrichten über Fragen der auswärtigen Politik gebracht haben, welche, wennschon der Versuch gemacht wurde, den Ursprung derselben dadurch zu verdecken, daß man sie aus verschiedenen Hauptstädten (Petersburg, Wien, Berlin) datirt hat, doch unverkennbare Anzeichen dafür tragen, daß sie aus einer und derselben Quelle stammen. Der ehrliche Glauben derjenigen Blätter, welche diese Nachrichten, die ihnen in der üblichen Weise der Reuterberichte zugekommen sein dürften, abgedruckt und sie zur Unterlage weiterer Ausführungen benutzt haben, soll keineswegs in Frage gestellt werden. Wir müssen jedoch darauf aufmerksam machen, daß mit der Verbreitung jener Nachrichten von interessirter Seite eine Darstellung der heutigen Weltlage angestrebt wird, die dem wirklichen Thatbestande nicht entspricht und die nicht nur hier, sondern auch anderwärts ein nicht ungefährliches weil unbegründetes Gefühl der Sicherheit zu erzeugen geeignet ist.

Daß der in Wien abgehaltene Marschallsrath die gegenwärtige strategische Lage übrigens als keine bedrohliche erachtete, hat der dort gefaßte Beschluß gezeigt. Auch in Wien ist man — wie der „Vossischen Zeitung" von dort gemeldet wird — der Ansicht, daß das Schwergewicht der Situation auf diplomatischem Wege zu suchen und eine friedliche Lösung mehr als wahrscheinlich sei. In diesem Sinne soll sich namentlich der Handelsminister Jekersovits bei seiner Rückkehr nach Pest geäußert haben. Gleichwohl werden Vorsichtsmaßregeln auf österreichischer Seite nicht versäumt; in dieser Beziehung erhält die „Vossische Zeitung" nachstehende Meldung:

* Wien, 10. December. Unter dem Vorsitze Bylandt's fanden gestern im Kriegsministerium Berathungen sämmtlicher Abtheilungschefs statt zur Festsetzung der Einzelheiten für die etwa nothwendig werdenden und später noch zu treffenden Vorkehrungen, die vom Marschallsrath beschlossen wurden. Es wird bestimmt versichert, daß dermalen keine Truppenverschiebe nach Galizien beabsichtigt seien. Trotzdem wird die Möglichkeit späterer Maßnahmen ernst ins Auge gefaßt.

Ueber die in Ungarn herrschende Auffassung der Lage erhält dasselbe Blatt folgende Meldung:

Pest, 10. December. Man glaubt hier nicht an eine rasche Wendung des russischen Vorgehens. Da dieserlei keine directe Anfrage bei der Petersburger Regierung gestellt wurde, so würde man es als andeutend betrachten, wenn von dort ebenfalls ausreichende friedliche Kundgebungen erfolgten, vor Allem, daß die Rüstungen nicht fortgesetzt werden sollen. In Folge der letzten Verhaftungen ist die Sache dermaßen auf die Spitze getrieben, daß Rußland nicht die geringste Verstärkung der Grenztruppen vornehmen kann, ohne die Gewißheit, der Vorgang werde in Wien als Provocation angesehen und beantwortet werden. Die gut unterrichteten Kreise glauben noch immer, es handle sich für den Zar nur um Bulgarien. In Bezug auf die bulgarischen Angelegenheiten aber würde Rußland bei Deutschland und Oesterreich ein weitgehendes Entgegenkommen finden.

Sehr bezeichnend in dieser letzterwähnten Hinsicht ist ein officiöser Artikel des „Pester Lloyd", der Folgendes besagt:

„Man sage einmal in Petersburg kipp und klar, wie das bulgarische Problem nach russischem Wunsche gelöst werden soll und kann. Wenn Rußland einen Antrag stellt, drei Aussicht auf friedliche Schlichtung gewährt und im Rahmen des Rechtes und der Verträge realisirbar ist, dann kann es auch heute noch auf das größte Entgegenkommen der Friedensmächte bestimmt rechnen. Diese Mächte ist es weder um einzelne Personen zu thun, noch heißen sie sich auf leeres Formulwesen; sie wollen Frieden bewahren und bei Respectirung der Verträge ehrlich und loyal Jedem das Seinige geben, Niemanden verkürzen und Niemanden vergewaltigen. Rußland behauptet, daß es dasselbe wolle; nun denn, so stelle es doch seinen Antrag, einen vernünftigen und ausführbaren, mit friedlichen Mitteln realisirbaren Antrag; es kann einer wohlwollenden und bereitwilligen Prüfung desselben gewiß sein."

In diplomatischen Kreisen zu Wien wird, wie schließlich die „Frankfurter Zeitung" meldet, die Veröffentlichung im „Russischen Invaliden" wegen der Translocation der 13. Cavallerie-Division nach dem Warschauer Militairbezirk als eine demonstrative Antwort auf die letzten österreichischen Kundgebungen angesehen. Auffallend erschien jedenfalls, daß die Verfügung nicht nach der Berliner Kaiserzusammenkunft erfolgte.

Der in Brüssel erscheinende russisch-officiöse „Nord" bezeichnet die Erregung, welche die angeblichen Rüstungen Rußlands in Polen in einem Theile der deutschen und österreichischen Presse hervorgerufen haben, als erheuchelt, grundlos und ungereimt. Die signalisirten Truppenverschiebungen entsprächen einfach der durch die Bedürfnisse der Vertheidigung und Verproviantirung auferlegten Nothwendigkeit. Könne man voraussetzen, daß in Zeiten, wo die Heere nach Millionen zählen, und im Beginn des Winters Rußland darauf sinne, in Oesterreich mit 120,000 Mann einzufallen? Uebrigens liege die Frage nicht blos in der mehr oder minder hohen Ziffer der russischen Besatzungen an der polnischen Grenze. Bismarck sagte unlängst, der Kaiser von Rußland habe den Muth seiner Meinung, und wenn er in seiner auswärtigen Politik anderer Ansicht werde, so werde man es erfahren. Der Kaiser Alexander habe seine Ansicht durchaus nicht gewechselt, und in Berlin müsse man das wissen. Rußland fahre fort, nicht für den Krieg, sondern für den Frieden zu arbeiten, über den aufmerksamer und stärker zu wachen es angezeigt sei, seitdem drei große Mächte sich beauftragt fühlen, seine Geschäfte mittelst eines Contingents von Bajonetten, deren Zahl von ihren Blättern allzeit laut betont werde, zu besorgen.

Leipzig, 12. December 1887.

* In der am 9. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern, von Boetticher, abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, die Zustimmung, erklärte sich mit den vom Reichskanzler vorgeschlagenen Einschränkungen der Arbeiten des statistischen Amtes einverstanden und genehmigte, daß für Frankfurt a. M. und Umgebung die im § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oct. 1878 vorgesehenen Anordnungen für die Zeit vom 18. December d. J. bis zum 30. September 1888 getroffen werden. Der gemeinnützigen Baugesellschaft zu Dortmund wurde gestattet, bis zum Betrage ihres Grundcapitals auf Namen lautende Actien zum Betrage von je 200 ℳ auszugeben. Einem Gesuch um Entbindung von der ärztlichen Prüfung beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

* Die „Nationalzeitung" glaubt gut unterrichtet zu sein, wenn sie mittheilt, daß es einem ausdrücklichen Wunsche des Kronprinzen entsprechen würde, aus Anlaß seines Leidens in den gewohnten Winterverguügungen eine Aenderung nicht eintreten zu lassen.

* Die Glas-Berufsgenossenschaft ist aus dem „Verbande der deutschen Berufsgenossenschaften" ausgetreten. Der Vorsitzende dieser Berufsgenossenschaft hat dieserhalb ein Schreiben an den Ausschuß des Verbandes gerichtet, in welchem betont wird, daß der Verband gegründet sei, um innerhalb der Grenzen des Unfallversicherungsgesetzes liegende gemeinschaftliche Wünsche der Berufsgenossenschaften zu vertreten, die Einbeziehungen anderer Fragen könne er als Vorsitzender des Glasberufsgenossenschaft nicht verantworten; es müsse auch der Schein vermieden werden, als ob die jetzigen unter ganz anderen Voraussetzungen gewählten Vorstände der Berufsgenossenschaften als befugte Vertreter der deutschen Industrie für alle möglichen anderen Fragen anzusehen seien.

* Der zuverlässigste Freund der Polen, der Centrumsführer und Welfenadvocat Dr. Windthorst nennt sich bekanntlich auch zugleich den getreuesten Sohn des Papstes. Herrn Dr. Windthorst ist jetzt Gelegenheit gegeben, praktisch an den Tag zu legen, wie treu er es mit dem Papste, mit dem antideutschen Polenthum und zugleich mit seinen wiederholten Loyalitätsversicherungen gegenüber dem Staat, in dessen Volksvertretung er so unermüdlich sich zum Wort meldet, meint. Herr Erzbischof Dr. Dinder hat bekanntlich in einem Erlaß bezüglich des Schulunterrichts in der Provinz Posen die Ertheilung des Unterrichts in deutscher Sprache angeordnet. Daraufhin kündigen ihm die katholischen polnischen Blätter den Gehorsam. „Dziennik" erklärt, gegenüber diesem Erlasse müsse das Vertrauen der Gesellschaft zur kirchlichen Behörde schwinden und das bisherige Band sich lösen. Auf wessen Seite fragt die „Post" wird sich der zuverlässigste Freund des Polenthums stellen und wird das katholische Centrum diesen eigenthümlichen gehorsamen Söhnen polnischer Abstammung des heiligen Vaters und ihrem zuverlässigsten Freunde auch weiterhin ohne Scheu Blumen streuen und Lorbeerkränze winden?

* Aus Elsaß-Lothringen, 9. December, wird geschrieben:

Die neuerdings erlassenen Bestimmungen, wonach die reichsländischen Privatschulanstalten, welche über die Elementarschulbildung hinausgehende Unterrichtszwecke verfolgen, einer verschärften Beaufsichtigung unterzogen werden sollen und von Ausländern oder des Deutschen nicht mächtigen Personen nicht mehr geleitet werden dürfen, haben hier einiges Aufsehen erregt. Wer aber Kenntniß davon hatte, in welch unverkennbarer Weise einzelne dieser Anstalten französische Lehrmittel, natürlich hinter dem Rücken der Regierung, gebrauchten, den deutschen Unterricht zu Gunsten des französischen beeinträchtigten, beim Unterricht in Geschichte und Geographie die durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Thatsachen ignorirten, in besonderen Kursen elsaß-lothringische Mädchen für die französischen Lehrerinnenprüfungen vorbereiteten u., der mußte sich sagen, daß irgend etwas geschehen müsse, um die fraglichen Anstalten, mehr als seither der Fall war, in den Dienst des Deutschthums zu stellen. Wer aber in diesem Punkte je noch Zweifel hegte, müßte ins Klare darüber kommen, wenn er das von Pierre Gisard, einem Kenner der Verhältnisse, im „Figaro" wird niedergelegte Urtheil liest: „Mais les pensionnats de jeunes filles, laïques ou religieux, protestants ou catholiques, sont restés français, et tous les ans des milliers de jeunes filles sortent de là, très-préparées à devenir des épouses et des mères de petits Alsaciens, élevés dans l'aversion de l'Allemand." („Aber die Töchterpensionate, weltliche und geistliche, protestantische und katholische, sind französisch geblieben, und jedes Jahr gehen aus denselben Tausende von jungen Mädchen hervor, wohlvorbereitet, um als Gattinnen und Mütter die jungen Elsässer in der Abneigung gegen das Deutsche zu erziehen.") — Auch in diesem Jahre konnte man wieder beobachten, daß ein Theil der noch vollständiger Militairpflicht entlassenen reichsländischen Reservisten der Heimath den Rücken kehrte, um nach Frankreich überzusiedeln. Die von verschiedener Seite angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß sie sich zu diesem Schritte, der sie der Heimath mehr oder weniger zu entfremden pflegt, erst dann entschließen, nachdem die Versuche, hier im Lande Beschäftigung zu finden, erfolglos geblieben sind. Dankenswerthe Weise haben nun einzelne reichsländische Kriegervereine den Versuch gemacht, den Reservisten die Rückkehr in den bürgerlichen Beruf durch Vermittelung geeigneter Stellen zu erleichtern. Weitergehende Ergebnisse werden sich natürlich nur dann erzielen lassen, wenn sich zunächst alle reichsländischen Kriegervereine zu dem genannten Zwecke vereinigen.

* * *

* Der in der letzten Zeit vielgenannte russische Botschafter in Frankreich, Baron v. Mohrenheim, entstammt einer Familie, welche durch eine polnische Mutter vom Protestantismus zum Katholicismus hinübergeführt ist. — Der „Standard" ergänzt die Mittheilungen der „Kölnischen Zeitung", über die vielbesprochene Fälschungsangelegenheit durch folgende Angaben:

Die gefährlichsten Actenstücke zerfallen in zwei Abtheilungen, die erste besteht in Actenstücken in der üblichen diplomatischen Form, welche durch die gewöhnlichen amtlichen Canäle nach dem russischen Auswärtigen Amt geleitet wurden; die zweite besteht aus ganz vertraulichen Schriftstücken, welche dem Zaren in Kopenhagen durch hochstehende Vermittler, deren Mitwirkung genügen würde, die Heftigkeit der Angriffe deutscher Blätter gegen die Orleanisten zu erklären, vorgelegt wurden. Die Actenstücke der ersten Abtheilung sind weniger scharf ausgeprägt und compromittirend als jene der zweiten Abtheilung, welche anscheinend bestimmt waren, den Argwohn des Zaren, der bereits vor dem Aufenthalt in Kopenhagen erregt worden war, zu stärken und in eine bestimmte Form zu bringen. Der Zweck der Fälschung scheint ein zwiefacher gewesen zu sein, nämlich den Zaren in eine activ deutschfeindliche Politik hineinzuhetzen und zugleich dem Fürsten Ferdinand das Wohlwollen des Zaren wieder zu gewinnen, indem man dem Zaren in Unterstützung der persönlichen Ergebenheitserklärungen des Fürsten einen endgiltigen Beweis dafür vor Augen legte, daß Fürst Ferdinand trotz der eintmachtigenden Aufnahme seiner ersten Erklärungen in Petersburg und trotz unmittelbarer Anerbietungen aus Berlin nicht gewillt sei, gegen die Interessen Rußlands zu handeln.

* Das Wiener „Vaterland", das offenbar nie etwas von einer Besprechung des Fürsten Bismarck mit dem Zaren gehört hat, jammert über die arme, von Deutschland verrathene österreichische Monarchie. Es zerbricht sich den Kopf darüber, weshalb die Thatsache der Fälschung diplomatischer Actenstücke nicht das Geheimniß des Fürsten Bismarck und des Kaisers von Rußland geblieben, sondern „in die Welt hinausposaunt" worden sei, und findet endlich folgende sinnreiche Erklärung, welche seinem Bewunderertalent alle Ehre macht: „Das Vorbrechen der russischen Schaaren gegen Westen, das uns als ein Act des Wahnsinns vorkommen würde, wenn der Casus foederis auch für den Zaren infolge seines Angriffs auf Oesterreich zweifellos feststände, erinnert uns, daß es wenigstens nicht ganz unmöglich wäre, sich unter dem Vorwande, dieser oder jener Mitcontrahent habe die Fälschung mitverschuldet, von dem Casus foederis zu befreien. Wahr muß das Behauptete zu diesem Zwecke, wie die Geschichte zeigt, ja gar nicht sein. Schon die bloße Behauptung genügt, wenn man sich befreien will." Die gegen Deutschland gerichtete Hetzpolitik des klerikalen Wiener Blattes, deren sittliche Verworfenheit nur noch von ihrer abenteuerlichen Albernheit übertroffen wird, geht übrigens selbst manchen deutschen ultramontanen Blättern wie der „Germania" denn doch zu weit.

* In der Czechisirung Wiens scheint, dank dem Uebermuth und allzufrühen Siegesgeschrei jungczechischer Heißsporne, ein Stillstand eingetreten zu sein. Wien übt seit alten Zeiten auf die zahlreichen slawischen Einwanderer einen wohlthätig germanisirenden Einfluß; sobald aber diese Gewerbeleute und Arbeiter, die hier in den letzten Jahrzehnten namentlich aus Böhmen massenhaft die altansässige Bevölkerung überflutheten, statt Sprache und Sitte ihrer Vorgeber anzunehmen, sich diesen selbstbewußt und trotzig entgegenstellen dürfen, ist es um das Deutschthum Wiens geschehen. Die unverschämte Ankündigung im hiesigen „Nationalitätenclub", daß das Czechenthum in Wien zum Angriff übergehen wolle, die thatsächliche Errichtung czechischer Schulen, die Eroberung der Vorstandsplätze in einigen der größten Gewerbsgenossenschaften hat den gemüthlichen Wiener Spießbürger etwas aufgerüttelt. Sonst in nationalen Dingen ziemlich gleichgiltig, empfindet er es doch als eine Schmach, daß ihm in seinen eigenen Mauern der „Böhm", der czechische Arbeiter oder Handwerker, als Herr entgegentreten will. Er wäre wahrhaftig im Stande, ihm die Kundschaft, das Brod, zu entziehen. Die bessern Gewerbsleute czechischen Ursprungs, die zumeist Wiener geworden und mindestens halb germanisirt waren, mochten sich in der Aera Taaffe wieder mit Stolz als Czechen und Zugehörige der regierenden Nationalität zu fühlen beginnen, aber der offene Kampf czechischer Heißsporne in Wien gegen das deutsche Wien wurde doch auch ihnen bedenklich und unheimlich, sobald die Wiener ernstlich begannen, sich zu wehren. Diese czechischen Elemente selber sprengten den berühmten „Nationalitätenclub", und als vorgestern in der großen Tischlergenossenschaft, deren Ausschuß bereits völlig czechisirt ist, ein neuer Vorsteher gewählt wurde, blieben die czechischen Meister der Wahl größtentheils fern. Von 4000 Tischlern der Genossenschaft sollen gut zwei Drittel Czechen oder czechischen Ursprungs sein, trotzdem wurde mit etwa 500 von 900 abgegebenen Stimmen ein Deutscher zum Vorstand gewählt, der das sanftmüthige Versprechen gab, den Nationalitätenstreit und politischen Kampf von der Genossenschaft fern zu halten. Immerhin darf die Wahl als ein Zeichen, daß das Deutschthum in Wien noch nicht ganz erschlafft ist, mit Freuden begrüßt werden.

* Die Luxemburger trinken im Jahre 2 Millionen Liter Branntwein; das macht auf den Kopf der Bevölkerung, Frauen und Kinder mitgerechnet, 10 Liter. Im Jahre 1850 war es nur 1 Million, die dem Staate 56,000 Francs eingebrachte; davon waren 375,000 Liter vom Zollverein eingeführt. Heute verdient der Staat an den 2 Millionen 185,000 Frcs.; 700,000 Liter kommen über die Grenze ins Land; das übrige liefern unsere ländlichen Brennereien, die auch in Zukunft nicht behindert werden sollen; denn Generaldirector Mongenast ist der Ansicht, daß Luxemburg dem Beispiele Deutschlands nicht folgen dürfe: „Der Vertrag von 1858 zwischen dem Großherzogthum und den Zollvereinsstaaten bleibt bestehen, seine Ausführung ist nur der neuen Sachlage angepaßt worden. Unsere Brennereien werden nach wie vor unter einem Regime stehen, das ihre berechtigten Interessen wahrt." — Die Mitglieder der Ständekammer beziehen laut Bestimmung der Staatsverfassung von 1848 und von 1868 ein Tagegeld von 5 Frcs. Der Abgeordnete Bouvier, dem das viel zu wenig dünkt, beantragte kürzlich wenigstens noch freie Eisenbahnfahrt, wurde aber damit abgewiesen.

* Die niederländische Erste Kammer ist auf den 19. December einberufen worden.

* Vor kurzem wurde aus Madrid das Gerücht gemeldet, es sei zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien ein Einverständniß bezüglich der Anerkennung Spaniens als Großmacht getroffen worden, und daß bezügliche Verhandlungen auch mit England schwebten. Ganz unbegründet scheint die Nachricht nicht gewesen zu sein, wenigstens wird jetzt aus London berichtet, daß die englische Regierung Spanien bereits als Großmacht anerkannt habe, und daß demzufolge die britische Gesandtschaft in Madrid, sowie die spanische Gesandtschaft in London zum Range von Botschaften erhoben werden würden. Bestätigt die Nachricht sich, so darf wohl als sicher angenommen werden, daß vor-